

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FORDS FLUCHT NACH VORN

Es ist nicht einfach, heute schon die Tragweite des *Ministerschubes* zu ermessen, den der amerikanische Präsident Ford am ersten Novemberwochenende vorgenommen hat. Das zunächst etwas dramatisch als «Sonntagsmassaker» apostrophierte Revirement hat ohne Zweifel sowohl innenpolitische wie aussenpolitische Motive, und es ist nur natürlich, dass für den europäischen Beobachter die letzteren im Vordergrund standen. Von aussen her gesehen präsentierte sich der von Ford inszenierte Machtwechsel zunächst als Triumph Staatssekretär Kissingers, dessen Rivale, Verteidigungsminister *James Schlesinger*, aus seinem Amt ausscheiden und es Fords Berater *Donald Rumsfeld* überlassen musste. Die Vermutung lag nahe, dass damit ein unbequemer Mahner aus dem Weg geräumt werden sollte, dessen Vorstellungen von der mit Moskau zu betreibenden *Détente*-Politik nicht mit jenen Kissingers und Fords übereinstimmten. Die Befürchtung drängte sich auf, ob mit dem Verschwinden des Mannes, der in seinem nüchternen Realismus der Sowjetunion gegenüber eine klare und unmissverständliche Sprache geführt hatte, eine weichere und nachgiebigere Linie in den Gesprächen mit Moskau eingeschlagen werden sollte.

Präsident Ford steht tatsächlich – vor allem in der Frage von SALT II – unter einem gewissen *Zugzwang*. Vor Jahresfrist hat er sich in Wladiwostok mit Generalsekretär Breschnew auf die

Rahmenvereinbarungen dieser bis 1977 zu treffenden Massnahmen für eine Rüstungsbeschränkung geeinigt, und der Abschluss schien damals nahe bevorzustehen. Nach zwölf Monaten ist man jedoch noch immer nicht zu einem unterschrittsreifen Abkommen gelangt. Nun drängt die Zeit, denn Ford möchte die SALT-II-Abmachungen nächstes Jahr der Nation präsentieren, wenn er sich erstmals dem amerikanischen Volk zur *Präsidentenwahl* stellt.

Der *innenpolitische Akzent* des Ausscheidens von Schlesinger wird dadurch verstärkt, dass mit ihm gleichzeitig auch der Chef von CIA, Colby, und Handelsminister Morton verabschiedet wurden. Aber auch Staatssekretär Kissinger musste sich Rückstufungen gefallen lassen, indem er aus dem Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates entfernt wurde – eine Aktion, deren Bedeutung vorläufig im unklaren bleibt. Jedenfalls optisch ist Kissinger aus der Position einer Art Premierminister des Präsidenten in eine Linie mit den andern Mitarbeitern Fords gerückt, der damit gleichzeitig demonstrativ unterstreicht, dass er die Bindungen an seinen Vorgänger durchtrennen, Profil gewinnen und mit einem *eigenen, selbstgewählten Team* in die Wahlen von 1976 gehen will.

Für die Sowjetunion aber dürften die Änderungen auf der innenpolitischen Szene in Washington ein *Signal* sein, die Hindernisse abzubauen, die sie einer Einigung bei SALT II in den

Weg gestellt hat. Auch Kissingers Pressekonzferenz vom 10. November setzte ähnliche Wegmarken, als er erklärte, die USA würden nach der Abweisung ihres letzten Rüstungsbeschränkungsplanes keine neuen Vorschläge machen, sondern appellierten an die Vernunft und die Kompromissbereitschaft des Kremls. Der Staatssekretär weiss, dass sich auf der Gegenseite Breschnew in einer ähnlichen Situation befindet wie Präsident Ford; der sowjetische Generalsekretär hat zwar keine Wahlen zu befürchten, aber es würde seine Position wie die von ihm verfolgte Politik

stärken, wenn er vor dem 25. Parteitag der KPdSU im kommenden Februar einen konkreten Erfolg seiner «Entspannungs»-Politik in Form einer kodifizierten Abmachung über die Beschränkung der strategischen Rüstungen vorlegen könnte. Wie stark dieser Drang bei Breschnew ist und ob die Rechnung Fords aufgehen wird, der durch eine Flucht nach vorn die Sowjetmachthaber zum Einlenken veranlassen will, wird sich weisen.

Alfred Cattani

ÜBER DIE «STAATSKRISE»

Hans Tschäni, ein besonnener Journalist und erfolgreicher Autor von lesenswerten Büchern zur staatsbürgerlichen Bildung, hat seinem neuesten Buch «Demokratie auf dem Holzweg» den bezeichnenden Untertitel «Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise» gegeben. Bezeichnend insofern, als Begriffe wie «Malaise» und «Staatskrise» seit Jahr und Tag zu den beliebtesten Leerformeln innenpolitischer Publizistik gehören. Sie waren denn auch landauf landab rasch bei der Hand, als es den Tiefenrekord von 52,4% Stimmbeteiligung bei den eidgenössischen Wahlen 1975 einschlägig zu kommentieren galt.

Gleichzeitig aber sprachen spätestens nach Bekanntwerden nicht nur der Mandatsverschiebungen, sondern der effektiven Wähleranteile die meisten dieser Kolumnisten von «stabilen Verhältnissen», allerhöchstens von «Pendelrückschwüngen» oder «Wellenbewegungen». In der Tat hatte das Verdikt über die «staatstragenden» Parteien des

bürgerlichen Lagers trotz sozialdemokratischem Vormarsch nicht stattgefunden; nichts also von erdrutschähnlichen Wählerbewegungen im Zeichen von Rezession und «Staatskrise»!

Und trotzdem Krise? Politische Stabilität aus «Resignation» oder gar als grotesker arithmetischer Effekt «innerer Emigration» eines Teils der Bürgerschaft? Hier wird der Boden staatskritischer Argumentation doch wohl so brüchig, dass wir uns alle intellektuell zur Ordnung rufen sollten.

Was hat es denn eigentlich mit dieser «Staatskrise» auf sich? Es ist wahr: Unser Staat ist nicht immer so reflexschnell handlungsfähig, wie wir ihn manchmal gerne haben möchten. Aber ist dies denn nicht der unvermeidliche, bewusst einkalkulierte Preis für ein optimales System demokratischer Machtbrechung? Ist die Konkordanzdemokratie nicht die logische Konsequenz des föderalistischen Staatsaufbaus und des proportionalen Wahlsystems mit

ihrem erklärten Ziel der aktivierten Minderheiten und der möglichst breit abgestützten Führungsverantwortung? Es ist ferner nicht zu bestreiten: Unsere staatlichen Institutionen und politischen Methoden drohen immer wieder von neuen Entwicklungen überrollt zu werden. Geläufiges Stichwort in diesem Zusammenhang: die «Mirage-Affäre» von 1964. Doch ist es nicht ebenso wahr, dass die letzten Jahre durch eine Überfülle an Gesetzesreformen und nicht zuletzt auch durch den Anlauf zu einer Totalrevision der Bundesverfassung gekennzeichnet sind, durch Ansätze eines Erneuerungswillens und auch einer Erneuerungsfähigkeit also, die sonst als wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Demokratie gepriesen werden? Denn die Demokratie beruht ja auf der prinzipiellen Annahme menschlicher und institutioneller Unzulänglichkeit, aus der sich die institutionell mehrfach abgesicherte permanente Reformfähigkeit herleitet.

Es ist richtig: Dieser eidgenössischen Neuerungswelle fehlt der Atem des grossen Wurfs. Doch «grosse Würfe» vertragen sich nun einmal schlecht mit einem ausgeklügelten Führungssystem der permanenten Machtbrechung. Auch ist es wahr: Die Abstimmungsvorlagen sind immer schwerer zu überblicken und wirken geradezu abschreckend auf den Stimmbürger. Doch die moderne Gesellschaft und der moderne Staat sind nun einmal selbst komplex und hochdifferenziert; darum können es auch ihre Gesetze und Funktionsgefüge nicht gut anders sein. Es ist ferner nicht zu bestreiten: Die «weiche Politik» des Aushandelns und Ausgleichens, wie sie nach einem trafen Wort von Bundesrat Chevallaz für unseren Vielparteienstaat charakteristisch ist, wirkt nicht ge-

rade anziehend oder gar aufrüttelnd auf die abgestumpften Sinne des Menschen der Konsum- und Freizeitgesellschaft. Doch die Vielzahl der Parteien ist die logische Folge des Proporzsystems, und sie lässt den Parteien im Grunde keine andere Möglichkeit als die des Kompromisses, weil sonst niemals entscheidungsfähige Mehrheiten zustande kämen.

Kurz und gut: Wir haben ein demokratisch-freiheitlich hochentwickeltes Systemgefüge mit einem breiten Angebot von Möglichkeiten der Machtbrechung wie der direkten Mitentscheidung. Wir haben ein grosses Sortiment von Parteien aufgrund eines Wahlsystems, das auch kleinsten Gruppen eine Chance gibt und damit als besonders gerecht gilt. Wir haben politische Methoden, die ausserhalb der Wahlzeiten dem sachbezogenen Dialog bei weitem den Vorzug geben gegenüber rhetorischen Abnutzungsschlachten sattsam bekannter Art. Wir haben systemimmanente Erneuerungsmöglichkeiten für Staat und Gesellschaft, die im genauen Wortsinn jedermann offenstehen und damit volks- und erdnah sind.

Wir haben also eine Demokratie, wie sie eigentlich sein sollte: zugeschnitten auf den mündigen Menschen mit der Fähigkeit zu eigenständigem Urteil und der moralischen Kraft zur aktiven Option. Verfassungspolitisch fiel diese Option hierzulande immer zugunsten einer Wahrung oder Erweiterung der ausgedehnten demokratischen Rechte aus. Im politischen Alltag aber optierten gleichzeitig immer mehr Bürger für die Abstinenz von diesen Rechten, wie die seit Einführung des Proporztes ständig sinkende Stimmbeteiligung eindrücklich belegt. Und dies auf dem Hintergrund

einer Stabilität der politischen Kräfteverhältnisse, die ihrerseits logischerweise ebenfalls eine politische Option der Bürgerschaft verkörpert.

Die vielbeschworene «helvetische Dauerkrise» ist doch wohl nichts anderes als die Resultante aus diesen drei Optionen, welche freie Willensakte mündiger Menschen darstellen. Das Ergebnis ist zwar tatsächlich in mancher Hinsicht fragwürdig, ja bedenklich. Ist aber deswegen das harte Wort von der «Staatskrise» in seiner ganzen, endgültig wirkenden Schwere am Platz? Was offensichtlich not tut, ist die Überprüfung dieser Optionen durch die politi-

schen Führungsgremien wie durch den einzelnen Stimmbürger. Das ständige Gerede von der «Dauerkrise» ist nicht dazu angetan, eine solche Wiedererwägung der Optionen zu fördern. Es führt letzten Endes nur dazu, dass sie sich im öffentlichen Bewusstsein aus revidierbaren Weichenstellungen zu einem magischen Dreieck verdichten, aus dem es dann allerdings für das Stimmvolk kaum noch ein Entrinnen aus eigener Kraft geben könnte. Und damit erst würde dann auch die vielbeschworene Krise zur politischen Wirklichkeit.

Richard Reich

DER BUNDESHAUSHALT IM ENGPASS

Vor kurzem ist das Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 1976 veröffentlicht worden. Es sieht in der ordentlichen Finanzrechnung ein *Defizit* von 588 Mio. Fr. vor. Im konjunkturpolitisch bedingten Zusatzbudget ist ein Aufwand von weitem 600 Mio. Fr. enthalten. Damit dürfte das Gesamtdefizit im kommenden Jahr 1,2 Mia. Fr. erreichen. Nach allen bisher vorliegenden Indikatoren scheint der Fehlbetrag im laufenden Jahr die Milliardengrenze ebenfalls zu übersteigen. Die in der Botschaft zum Budget 1976 aufgezeigten Perspektiven zeigen mit aller Deutlichkeit, dass dies erst der Anfang einer *Defizitwirtschaft* im Bundeshaushalt ist, die, wenn das finanzpolitische Ruder nicht energisch herumgerissen werden kann, schlicht in einer Katastrophe enden könnte. Die finanzielle Kreislaufstörung, die einem Kollaps gleichzusetzen wäre, müsste sich darin äussern, dass die Ausgaben des Bundes nicht

mehr durch die ordentlichen Einnahmen oder durch eine inflationsfreie Schuldenfinanzierung gedeckt werden könnten. Die Gefahr eines Rückgriffs auf die Notenpresse wäre dann wohl evident. Der Bundeshaushalt würde zur wichtigsten neuen *Inflationsquelle* im Lande – und dies, nachdem nun die von einer vorsichtigen Geldpolitik getragene Inflationsbekämpfungspolitik Früchte zu tragen beginnt.

Es ist offensichtlich, dass der Hauptangriffspunkt in den Anstrengungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Bundeshaushalt bei den *Ausgaben* zu suchen ist. Eine entsprechende Erhöhung der Steuerbelastung beziehungsweise des Verschuldungsplafonds ist undenkbar, sind doch bis 1979 Fehlbeiträge von zwischen 4 bis 6 Mia. Fr. zu erwarten. Abgesehen davon passen Steuererhöhungen auch nicht in die gegenwärtige konjunkturpolitische Landschaft. Und alle ausländischen Er-

fahrungen lehren, dass mit einer blossen Anhebung der Steuerbelastung die Engpässe in den öffentlichen Haushalten nicht zu beseitigen sind. Sie werden einfach auf ein höheres Niveau verschoben. Dieser Versuchung ist vor allem ein Land ausgesetzt, in dem Ausgabenbeschlüsse des Parlaments weder mittelbar noch unmittelbar an ihre Finanzierungsmöglichkeiten gebunden sind.

Zudem könnte es sich als fatal herausstellen, die Hoffnung auf die *Mehrwertsteuer* zu legen. Einmal darf keineswegs mit ihrer Annahme durch Volk und Stände im ersten Anlauf gerechnet werden – die oppositionellen Kräfte beginnen sich bereits heute zu formieren –, und sodann bräuchte es für die volle Defizitdeckung Mehrwertsteuersätze, die ausserhalb jeder Diskussion stehen. Man würde der Mehrwertsteuer einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie unter dem Titel der Defizitdeckung im Bundeshaushalt politisch «verkauft» würde.

Endlich lehren entsprechende Kalkulationen unmissverständlich, dass die Defizitfinanzierung über eine *Erhöhung der Bundesschulden* ebenfalls sehr rasch an Grenzen stösst, wenn – was unabdingbar ist – das Erfordernis der Inflationsneutralität der Schuldenfinanzierung beachtet wird. Bestimmend ist in diesem Falle die Leistungsfähigkeit des

Kapitalmarktes. Die Anforderungen an den Kapitalmarkt müssen so dimensioniert werden, dass daraus keine zinswirksame Anspannung entsteht, weil steigende Zinssätze auf die Investitionsneigung drücken und schlechte Rückwirkungen auf den Wechselkurs des Schweizer Frankens auslösen.

Mit aller Klarheit wird nun sichtbar, dass sich die verfehlte Finanzpolitik in der Vergangenheit nunmehr zu rächen beginnt; sie lebte von der Illusion, dass sich der Staat alles leisten könne, weil die inflationär aufgeblähten Einnahmen als Symbol des «ewigen» Wachstums betrachtet wurden. Es gilt nun, die tragbaren Proportionen auch im Bundeshaushalt wieder herzustellen; und dies trotz der Wünschbarkeit, die Beschäftigungslage durch eine gezielte Nachfragepolitik der öffentlichen Haushalte zu stützen. Beschäftigungspolitisch sollte sich der Bund vor allem auf *Investitionsausgaben* konzentrieren – die im neuen Budget 1976 stagnieren – und den Anteil der eigentlichen Transferausgaben zu senken versuchen. Rund zwei Drittel des Bundeshaushaltes entfallen auf Transferausgaben, also auf reine Übertragungen auf andere öffentliche Haushalte. Er ist zu einem Selbstbedienungsladen geworden.

Willy Linder